

03.03.2016 – PM 18/2016

Drohende Wohnungsnot

IG BAU drängt auf Gesetze für bezahlbares Wohnen

Verantwortlich
Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135
Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de
www.igbau.de

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Politik auf, Maßnahmen für den Bau bezahlbarer Wohnungen schnellstens umzusetzen. „Bereits im November letzten Jahres hat Bundesbauministerin Barbara Hendricks Empfehlungen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen vorgestellt. Die Sonderabschreibung auf den Bau günstiger Wohnungen in Engpassregionen hat vor ein paar Wochen das Bundeskabinett passiert. Seitdem warten wir auf die weitere Umsetzung“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers anlässlich des vom Bundesbauministerium veranstalteten „Nationalen Kongresses zum Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“. „Wir können es uns nicht leisten, in einer Ankündigungspolitik zu verharren, sondern brauchen endlich verlässliche Regelungen in Form von Gesetzen. Sie sind Voraussetzung dafür, dass Investoren mit dem Bau bezahlbarer Wohnungen beginnen.“

In Deutschland müssen mehr als 400 000 Wohnungen pro Jahr neu gebaut werden, um den Bedarf zu decken. In Ballungsräumen finden inzwischen selbst Normalverdiener keine bezahlbaren vier Wände mehr. Auch ohne Berücksichtigung des Zuzugs lässt diese angespannte Lage des Wohnungsmarktes weiteres Abwarten und Aufschieben nicht länger zu. Die IG BAU drängt deshalb Bund, Länder und Kommunen zu raschem Handeln. Um Anreize für bezahlbares Wohnen zu schaffen, fordert die IG BAU, die steuerlichen Abschreibungssätze an den tatsächlichen Wertverlust in Höhe von drei Prozent statt zwei Prozent anzupassen. Zudem muss es eine Sonderabschreibung für den Bau von Wohnungen mit Mietpreisbindung geben, wie sie bereits in den 1990er Jahren existierte. Die Kaltmieten könnten je nach Region so auf 6,15 Euro pro Quadratmeter sinken. Für Wohnungsbau-Gesellschaften muss es entsprechende Investitionszulagen geben, weil manche nicht von einer Sonderabschreibung profitieren können. Länder müssen spezielle Länderförderprogramme für Engpassgebiete auflegen und Kommunen sollen diese Anstrengungen unterstützen, indem sie kostengünstiges Bauland bereitstellen. Über Auflagen können sie zudem sicher-

stellen, dass beispielsweise ein Drittel aller Wohnungen bei Neubauprojekten preisgebunden sein muss.

(2176 Zeichen)